

Kaserne: Politik setzt auf direkten Draht

SANIERUNG Über Abgeordnete will die Stadt mit dem Bundes-Finanzministerium verhandeln

Dabei nimmt sie in Kauf, die Bima als eigentlich zuständige Fachbehörde zu übergehen. Treibende Kraft ist die Hoffnung auf Überlassung des Areals.

VON GABRIELE BOSCHBACH

AURICH - Die Idee hat Charme: Die Stadt Aurich soll direkt mit dem Bundes-Finanzministerium über die Überlassung der ehemaligen Blücherkaserne verhandeln. Dafür sprachen sich die Mitglieder des Sanierungsausschusses in ihrer Sitzung am Dienstag einstimmig aus. Die Politiker befürworteten damit einen Antrag der GFA. Deren Vorsitzender Hans-Gerd Meyerholz hatte dafür geworben, nach etwas mehr als vierjähriger Planung nicht noch weitere Zeit verstreichen zu lassen.

„Die Verwertung des Bundeswehrgeländes entwickelt sich zur unendlichen Geschichte“, heißt es in dem Antrag. Es habe Gutachten, Bürgerbeteiligungen und Besichtigungen des Geländes gegeben, ohne dass man gefühlt einen Schritt weitergekommen sei.

Meyerholz empfahl, auf die Vermittlung von Bundestagsabgeordneten zu setzen, um ein Gespräch mit dem Finanzministerium anzubahnen. Das Ministerium ist die Fachaufsicht der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima). Ihr gehört das rund 40 Hektar große Areal.



Erst im August hatte es auf dem Gelände der ehemaligen Blücherkaserne eine Zukunftswerkstatt gegeben. Bürger konnten ihre Ideen zur Gestaltung des Areals einbringen.

ARCHIVBILD: BOSCHBACH

Der GFA geht es dabei darum, „weitere bürokratische Hemmnisse“ zu übergehen und schnell zum Ziel zu kommen. Damit hatte unter anderem die Stadt Stade Erfolg, die im August 1996 einen Vertrag über die Nutzung des 85 Hektar großen Areals der ehemaligen Von-Goeben-Kaserne unterzeichnet hatte. Die Auricher Politiker hatten sich im August 2013 den neuen Stadtteil mit seinen

2000 Einwohnern angesehen und Informationen von der Verwaltung darüber bekommen.

Ingeborg Hartmann-Seibt (SPD) wandte ein, dass die Stader sehr früh auf diese Weise initiativ geworden seien. Sie zweifelte an, dass das Gespräch mit dem Finanzministerium jetzt noch ein erfolgreicher Weg sein könne. Die SPD-Fraktionschefin ließ sich dann aber doch von der

Euphorie der anderen anstecken. Die CDU fand spontan Gefallen an dem Antrag der GFA. „Wir haben nichts zu verlieren“, sagte Johann Bontjer (CDU). Auch Hendrik Siebolds (Linke) befürwortete den Vorstoß. Er sehe gute Chancen, dass Aurich so auf direktem Weg zum Ziel kommen könnte.

Baurätin Irina Krantz äußerte sich indessen sehr skeptisch. Sie beschied dem

Unterfangen wenig Aussicht auf Erfolg. In ihren Augen sei ein „Querzugriff“ an der Bima vorbei so gut wie ausgeschlossen. Sie habe den Eindruck gewonnen, dass die Bima ihre Strukturen in den vergangenen Jahren stark verändert habe. „Die sind sehr viel professioneller geworden“, sagte Krantz. Sie wisse, dass schon andere bei einem solchen Vorstoß gescheitert seien.